

München, 05.07.2016

170 Computer der Staatsregierung von Krypto-Trojaner infiziert

SPD-Datenschutzexperte Ritter sorgt sich um die Kommunen und fordert Unterstützung

Insgesamt 170 Rechner in bayerischen Ministerien sind bislang von sogenannten Krypto-Trojanern infiziert worden. Das musste die Staatsregierung auf [Anfrage](#) des SPD-Datenschutzexperten **Florian Ritter** einräumen. In 24 Fällen wurden Daten unleserlich verschlüsselt und konnten nicht wieder hergestellt werden.

Zugleich versicherte das für die IT-Sicherheit zuständige Finanzministerium, dass von Ministerien, Behörden und Gemeinden keinerlei Lösegeld zur Entsperrung der von den Computer-Kidnappern verschlüsselten Daten gezahlt worden sei. Ritter hält diese Aussage für unglaublich: "Es ist ja öffentlich bekannt, dass die Gemeinde Dettelbach im Landkreis Kitzingen Lösegeld bezahlt hat. Wieso wird meine Anfrage von der Staatsregierung offensichtlich falsch beantwortet? Gibt es noch weitere solche Fälle im Freistaat?"

Krypto-Trojaner sind eine relativ neue Form der Kriminalität. Dabei handelt es sich um Schad-Software, die vor allem über E-Mail-Anhänge verbreitet wird und dann Computer infiziert. Sie nimmt sämtliche Dateien, wie Texte, Bilder oder Datenbanken, quasi als Geiseln und fordert Geld für die "Freilassung".

Ritter betonte, er hoffe nicht, dass die Staatsregierung die Kommunen hier im Stich lasse und sich nicht für deren IT-Sicherheit interessiere. "Die Urheber der Krypto-Trojaner sind international agierende Verbrecherbanden. Die einzelnen Gemeinden brauchen zentrale Unterstützung bei der Schulung ihrer Mitarbeiter im Umgang mit dieser Gefahr", verlangt der Münchner Abgeordnete.